

IDA-Infomail
Nummer 2, April 2014, 15. Jg.

Editorial	S. 1
Neues von IDA und IDA-NRW	S. 2
Thema: „Racial Profiling“	S. 4
Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek	S. 6
Aus den Mitgliedsverbänden	S. 8
Aktion, Information	S. 12
Literatur	S. 17
Seminare, Tagungen	S. 22
Impressum	S. 24

Editorial

Europa wählt – vom 22. bis zum 25. Mai werden die Bürger_innen der EU-Staaten das Europäische Parlament wählen. Auch extrem rechte und rechtspopulistische Parteien treten in fast allen Ländern der EU an; sie können derzeit von einer europaskeptischen Stimmung sowie von der Furcht vor wirtschaftlichen Krisen, vor politischer Instabilität und vor einer unsicheren Zukunft profitieren.

So sehr sich extrem rechte Gruppen, Parteien und Strömungen in Europa unterscheiden – der Kampf gegen alles „Fremde“, gegen Einwanderung und „Multikulti“, also alles, was eine vermeintliche völkische Homogenität bedroht, eint die europäische Rechte. Dass ihre Themen auch in der gesellschaftlichen Mitte Zustimmung finden, ist wesentliche Grundbedingung für ihre Erfolge.

Um Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in ihrer europäischen Dimension zu beleuchten und Gegenstrategien aufzuzeigen, hat IDA e. V. eine Broschüre zu dem Thema publiziert, die auf Seite 2 vorgestellt wird.

Ein furchtbares Ereignis jährt sich im Juni zum zehnten Mal: Am 9. Juni 2004 explodierte in der belebten Keupstraße im Kölner Stadtteil Mülheim eine Nagelbombe und verletzte mindestens 22 Menschen. Auf der Keupstraße leben viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte vor allem aus der Türkei. Über sieben Jahre lang vermuteten Ermittlungsbehörden, Politik und Medien die Verantwortlichen der Tat unter den Bewohner_in-

nen. „Türkenmafia“, „Konflikte zwischen Türken und Kurden“, „organisierte Kriminalität“; solche Schlagworte fielen, wenn über das Attentat gesprochen wurde. Betroffene wurden verhört, auf der Keupstraße sogar verdeckte Ermittler eingesetzt. Vor zweieinhalb Jahren wurde bekannt, dass die neonazistische Terrorgruppe „NSU“ den Anschlag verübt hat. In den Monaten danach reisten Politiker_innen an, Journalist_innen gingen von Haus zu Haus und interviewten Anwohner_innen. Lange schon ist es wieder ruhiger geworden.

Staatliche Stellen und die Politik räumen dem aktiven Gedenken an diese Tat keine hohe Priorität ein. Ein Vergleich mit dem rechtsterroristischen Münchner Oktoberfestanschlag 1980 drängt sich auf. Damals starben dreizehn Menschen, über 200 wurden verletzt. Dieser schwerste Terroranschlag in der bundesdeutschen Geschichte hat keinen Eingang in die deutsche Erinnerungskultur gefunden, Gedenkveranstaltungen bleiben in der Regel lokalen Initiativen überlassen.

Auch in der Keupstraße ist es vor allem zivilgesellschaftlichen Gruppen wie der „Initiative Keupstraße ist überall“ zu verdanken, dass über das Thema kontinuierlich informiert wird. Die „Arsch Huh AG e. V.“ plant für den Jahrestag, am 9. Juni 2014, in Köln-Mülheim ein großes Gedenkkonzert.

Ich wünsche Ihnen anregende Informationen beim Lesen der Infomail,
Barbara Manthe

IDA informiert:**Neuer IDA-Reader zu Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa erschienen**

Karima Benbrahim/Ole Jantschek/Barbara Manthe (Hg.): salonfähig, trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., ISSN 1616-6027, Düsseldorf: Eigenverlag 2014, 64 Seiten

Eine neue Publikation des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbildung e. V. (IDA) verdeutlicht, dass Rechtspopulismus und Rechtsextremismus nicht vor nationalen Grenzen haltmachen und fragt nach Gegenstrategien für die politische Bildungsarbeit.

Selten stand die Wahl des Europäischen Parlaments (EP) so sehr im Fokus des öffentlichen Interesses wie im Frühjahr 2014. Das EP entwickelt sich ebenso wie das Thema „Europa“ auch für extrem rechte und rechtspopulistische Kräfte zu einem immer attraktiveren Betätigungsort. „Gegen Europa“ bietet der extremen Rechten ein schier endloses Agitationsfeld. Befeuert durch die so genannte „Eurokrise“ gewinnt sie in vielen Ländern an Zuspruch. Die Broschüre, die aus einer Kooperationstagung des IDA e. V. und der Evangelischen Akademie Frankfurt im Herbst 2013 hervorgegangen ist, will den Blick dafür schärfen, dass Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gesamteuropäische Phänomene sind.

Nach einem Grußwort der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig, führt ein einleitender Text in die Konzeption der Broschüre und aktuelle Trends der extremen Rechten ein. Der erste Teil der Publikation vertieft die Dynamiken und Entwicklungen der extremen Rechten in Europa, fragt nach der Geschichte europäischer Vernetzung und geht auf aktuelle Erscheinungsformen der extremen Rechten in Europa ein, wobei besonders das Phänomen des Rechtspopulismus beleuchtet wird. Einen Blick wirft die Publikation auf die Aktivitäten von Rechtsextremen in den sozialen Medien am Beispiel der „Identitären Bewegung“ und der „German Defense League“.

Der zweite Teil thematisiert Perspektiven für die (pädagogische) Praxis. Wie können wir in der pädagogischen Arbeit in eine kritische und reflektierte Auseinandersetzung mit Rassismus gehen? Weitere Beiträge beleuchten antimuslimischen und antiziganistischen Rassismus sowie Gegenstrategien und fokussieren die Perspektiven von Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt in der Beratungsarbeit. Ein Beitrag skizziert eine europabezogene politische Bildung aus kosmopolitischer Perspektive, die für Diversität sensibilisiert.

In einem Serviceteil bieten wir Hinweise auf zahlreiche Materialien zum Thema aus der Vielfalt-Mediathek des IDA e. V. und weisen in einem Adressteil auf Organisationen hin, die europaweit gegen Rassismus und Rechtsextremismus arbeiten.

Die Publikation kann bei IDA gegen eine Versandkostenpauschale von 3,00 Euro zuzüglich der Portokosten unter www.idaev.de/publikationen/bestellformular bestellt werden.

IDA e. V. und die Vielfalt-Mediathek auf dem Deutschen Jugendhilfetag vom 3. bis 5. Juni 2014 in Berlin

Vom 3. bis 5. Juni 2014 präsentieren sich IDA e. V. und die Vielfalt-Mediathek auf dem 15. Kinder- und Jugendhilfetag in Berlin mit einem Stand, an dem IDA seine Arbeit, Projekte und Publikationen vorstellt.

Der Stand wird sich in Halle 4.2a befinden und hat die Standnummer 4.1.2.

Infos:

www.jugendhilfetag.de



Thema: „Racial Profiling“**„Racial Profiling“ – Interview mit Dr. Hendrik Cremer vom Deutschen Institut für Menschenrechte**

Herr Cremer, was ist unter „Racial Profiling“ zu verstehen?

Es geht dabei um die Polizeipraxis, unveränderliche Merkmale, die das physische Erscheinungsbild eines Menschen prägen, insbesondere Hautfarbe oder Gesichtszüge, als Entscheidungsgrundlage für polizeiliche Maßnahmen wie Personenkontrollen, Durchsuchungen und Überwachungen heranzuziehen. Diese Methode wird im internationalen Kontext gewöhnlich als „Racial Profiling“ bezeichnet.

Wird eine Person im Rahmen von „verdachtslosen“ Personenkontrollen anhand von Hautfarbe ausgewählt, liegt eine solche Praxis vor. Diese ist mit dem grund- und menschenrechtlichen Verbot rassistischer Diskriminierung nicht vereinbar. Das Verbot rassistischer Diskriminierung ist absolut.

Im Herbst 2012 hat das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz die „Racial Profiling“-Praxis der Bundespolizei für rechtswidrig erklärt. Wie haben Sie damals die Entscheidung aufgenommen?

Das Verfahren war sicherlich sehr wichtig, weil das Gericht klare rechtliche Feststellungen getroffen hat und die Aufmerksamkeit für das Thema seitdem erhöht ist. Ich habe die Verhandlung damals vor Ort beobachtet. Sie war sehr bewegend und sie machte deutlich, welche Kraftanstrengung für die Betroffenen mit einer solchen Klage verbunden ist.

Allerdings ist am Ende des Verfahrens kein Urteil ergangen. Die Bundespolizei hat sich vor Gericht beim Kläger entschuldigt und das Verfahren wurde daraufhin im gegenseitigen Einverständnis für erledigt erklärt. Die rechtlichen Ausführungen, die das Gericht in dem Fall getroffen hat, ergingen nur mündlich. Darin hat das Gericht die dem Fall zugrundeliegende Praxis eindeutig für unvereinbar mit Art. 3 Abs. 3 Grundgesetz erklärt.

Hat sich seitdem in der Personenkontrollpraxis der Polizei etwas geändert?

Die Bundespolizei hat bereits direkt nach dem Verfahren hervorgehoben, dass es ja zu keinem Urteil gekommen sei, an das man gebunden sei. Zugleich wurde betont, dass es sich nur um einen Einzelfall gehandelt habe. Es ist derzeit nicht

erkennbar, dass sich an der Praxis etwas geändert hat. Mittlerweile gibt es einige neue Fälle, über die Gerichte entscheiden werden.

Bemerkenswert ist insbesondere ein im Oktober 2013 veröffentlichtes Interview der „tageszeitung“ mit dem Vorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt. Dieser hat in dem Interview bestätigt, dass die Bundespolizei auf Grundlage ihres gesetzlichen Auftrags Menschen wegen unveränderlicher Merkmale wie Hautfarbe überprüft. Wollte man diese Praxis ändern, müsste die Politik den gesetzlichen Auftrag der Polizei verändern, so Wendt.

Wie verhält sich denn die Politik zu dem Thema?

Die Bundesregierung hat stets negiert, dass eine solche Kontrollpraxis der Bundespolizei existiert. Dies ist bis heute der Fall. Noch immer mangelt es seitens der Politik an Schritten, der Praxis entgegenzuwirken.

In einigen Bundesländern gibt es zumindest erste positive Anknüpfungspunkte. Punktuell beginnt auf Landesebene eine Diskussion über ein explizites gesetzliches Verbot von „Racial Profiling“ und die Auseinandersetzung mit dem Thema in der Aus- und Fortbildung der Landespolizei.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat im Sommer 2013 eine Studie zum Thema herausgegeben. Welche Ergebnisse und Schlussfolgerungen haben Sie veröffentlicht?

Die Studie befasst sich beispielhaft mit der Polizeipraxis von „Racial Profiling“ im Rahmen von „verdachtslosen“ Personenkontrollen gemäß § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz. Demnach ist die Bundespolizei ermächtigt, ohne irgendeinen konkreten Anlass Personen in Zügen, Bahnhöfen und Flughäfen zu kontrollieren.

Die Studie verdeutlicht, dass es bei dem Thema nicht um Einzelfälle von Diskriminierungen durch die Bundespolizei geht. Dabei ist der Grund für die menschenrechtswidrige Praxis nicht allein im Verantwortungsbereich und Handeln der Polizei zu suchen. Es ist die gesetzliche Ermächtigungsgrundlage der Bundespolizei, die auf diskriminierendes Handeln angelegt ist, was auch der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft

Das Deutsche Institut für Menschenrechte hat 2013 eine Studie zu „Racial Profiling“ herausgegeben: Hendrik Cremer, „Racial Profiling“ – Menschenrechtswidrige Personenkontrollen nach § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz. Empfehlungen an den Gesetzgeber, Gerichte und Polizei, Berlin 2013.



bestätigt hat.

Denn die Norm suggeriert, dass sich der Aufenthaltsstatus von Menschen anhand physischer Merkmale erkennen lasse. § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz ermächtigt die Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei dazu, selektiv vorzugehen, ohne dabei das Verhalten einer Person zum Anlass ihrer Kontrolle nehmen zu müssen. Es soll vielmehr Ausschau gehalten werden nach Personen, die sich unerlaubt im Land aufhalten. Bei einem solchen Gesetzesauftrag ist es naheliegend, dass die Bundespolizei die Personen in erster Linie nach phänotypischen Merkmalen aussucht. Es kann ja in der Realität im Wesentlichen nur um solche äußerlichen Merkmale gehen, wenn die Auswahl allein durch Inaugenscheinnahme geschehen kann und soll.

Die Studie zeigt auf, dass § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz damit gegen das grund- und menschenrechtliche Verbot rassistischer Diskriminierung verstößt. Der Diskriminierungsschutz erfasst nämlich auch faktische Diskriminierungen, also auch solche Diskriminierungen, die sich aus der Anwendung der Norm ergeben, aus ihrer Wirkung. Für die Betroffenen – und auf ihre Perspektive kommt es beim Grund- und Menschenrechtsschutz an –, ist es unerheblich, ob sich die Diskriminierung bereits aus der Norm ablesen lässt, oder ob ihre Anwendung zur Diskriminierung führt.

Was muss sich nach Ansicht des Deutschen Instituts für Menschenrechte ändern?

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz vom Gesetzgeber aufgehoben werden muss.

Außerdem hat der Gesetzgeber auf Bundes- und Landesebene weitere Gesetzesbestimmungen, die entsprechende polizeiliche Ermächtigungen enthalten, einer grund- und menschenrechtlichen Überprüfung zu unterziehen. Solange der Gesetzgeber nicht tätig wird, sollten die zuständigen Gerichte dem Bundesverfassungsgericht § 22 Abs. 1 a Bundespolizeigesetz und vergleichbare Gesetzesbestimmungen zur Überprüfung vorlegen. Zudem muss das grund- und menschenrechtliche Diskriminierungsverbot in der Aus- und Fortbildung von Polizistinnen und Polizisten fest verankert werden. Polizeibeamte müssen

in die Lage versetzt werden, ihre hoheitlichen Aufgaben stets ohne diskriminierendes Profiling durchzuführen.

Welche Auswirkungen hat diese Rechtslage auf die Arbeit der Polizeibeamt_innen?

Polizeibeamte und Polizeibeamtinnen sind aufgrund der Personenkontrollen regelmäßig dem Vorwurf von Rassismus ausgesetzt, ohne ihn zu verstehen. Er wird vehement bestritten. Nicht selten kommt es zu Eskalationen. Dass der Vorwurf des Rassismus bestritten und nicht verstanden wird, ist insofern nachvollziehbar, als die Beamtinnen und Beamte so handeln, wie sie handeln sollen.

Eine Streichung entsprechender Gesetze ist damit auch im Interesse von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Sie werden zu grund- und menschenrechtwidrigem Handeln angeleitet. Ein solcher Zustand muss in einem Rechtsstaat dringend beendet werden.

Vielen Dank für das Gespräch!

Dr. Hendrik Cremer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Menschenrechte. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Schutz vor Rassismus, Rechte in der Migration und Flüchtlingschutz sowie Kinderrechte.

Das Interview führte Barbara Manthe

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“, „Initiative Demokratie stärken“ und „XENOS“ sowie verschiedener Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Kurz- und Dokumentarfilme sowie Musik-CDs können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert, direkt online bestellt und für 14 Tage ausgeliehen werden. Die Vielfalt-Mediathek ist ein gemeinsames Projekt von IDA und dem DGB Bildungswerk.



Stiftung SPI (Hg.): Vielfalt gestaltet Grundschule. NÜRTIKULTI. Ein Modellprojekt stellt sich vor. Dokumentation, Handreichung und Ausblick

Berlin 2013, 85 S., Bericht/Dokumentation, Sachinformation, Broschüre

Das Projekt verfolgt die Zielsetzung, Vielfalt als Ressource zu begreifen, Handlungsspielräume zu schaffen und Diskriminierungen abzubauen, um die damit verbundenen Chancen zu ergreifen. Alle Protagonist_innen des Schullalltags (Pädagog_innen, Schüler_innen und Eltern) sollen dazu befähigt werden, aktiv und chancengerecht, im Sinne demokratischer Werte und der Menschenrechte, den Schulalltag zu gestalten. Die Broschüre geht auf das dahinter stehende Konzept ein, beschreibt die Projektidee und -zielsetzung sowie die praktische Arbeit.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5393&title=vielfalt-gestaltet-grundschule-n-rtikulti-ein-modellprojekt-stellt-sich-vor-doku>



Demirel, Aycan/Niehoff, Mirko im Auftrag der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIGa e. V.) (Hg.): ZusammenDenken. Reflexionen, Thesen und Konzepte zu politischer Bildung im Kontext von Demokratie, Islam, Rassismus und Islamismus – Ein Projekthandbuch

Berlin 2013, 138 S., Bericht/Dokumentation, Sachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe, Broschüre

Das Projekt „Präventive Bildungsprozesse zum Islamismus im Kontext von Rassismus und Migration“ (IKRAM) hat ein auf Langfristigkeit angelegtes Bildungsangebot für Schulen ausgearbeitet, das sich intensiv mit der Rolle des Islams in einer heterogenen Gesellschaft befasst. Bestimmender Eckpfeiler des Konzepts ist dabei die Islamismusprävention, der durch Wertschätzung und Anerkennung der Religion sowie der Lebenswirklichkeit von muslimisch sozialisierten Jugendlichen begegnet werden soll. Das Handbuch stellt die konkreten Konzepte zur Islamismusprävention (basierend auf der oben genannten Projektarbeit) für die Sekundarstufen I und II an Schulen vor.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5392&title=zusammendenken-reflexionen-thesen-und-konzepte-zu-politischer-bildung-im-kontext>

WIDER SPRUCHS TOLERANZ

Ein Theorie-Praxis-Handbuch
zu Antisemitismuskritik
und Bildungarbeit

KIGA

Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA e. V.) (Hg.): **Widerspruchstoleranz. Ein Theorie-Praxis-Handbuch zu Antisemitismuskritik und Bildungarbeit**

2013, 78 S., Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe, Broschüre

Die Broschüre „Widerspruchstoleranz“ setzt sich intensiv mit den derzeitigen Herausforderungen für die Bildungsarbeit auseinander und hat vor diesem Hintergrund Methodenbausteine für die pädagogische Arbeit entwickelt. Auf der beiliegenden DVD befinden sich die Anleitungen inkl. der dazugehörigen Materialien und Vorlagen.
<http://www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5426&title=widerspruchstoleranz-ein-theorie-praxis-handbuch-zu-antisemitismuskritik-und-bil>

Clemens, Dominik/ Puls, Hendrik (Hg.): **33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie, und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung**

2014, 142 S., Sachinformation, Buch

Die extrem rechte Partei Pro Köln und ihre landespolitische Erweiterung Pro NRW haben sich als feste Größe im rechtsextremen Spektrum Nordrhein-Westfalens etabliert. Das Buch stellt die Ideologie und Strategien der vermeintlichen Bürgerbewegungen vor, gibt Einblicke in das Unterstützerfeld und zeigt auf, aus welchem politischen Umfeld „Pro Köln“ und „Pro NRW“ stammen. Darüber hinaus weist das Buch Methoden aus, wie Einzelne oder auch Gruppen den Einfluss von Pro Köln und Pro NRW zurückdrängen können.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5369&title=33-fragen-und-antworten-zu-pro-koln-pro-nrw-entwicklung-ideologie-und-strategien>



Dantschke, Claudia/Mansour, Ahmad/Müller, Jochen/Taparli, Alper im Auftrag des ZDK Gesellschaft Demokratische gGmbH (Hg.): **„Der ideale Türke“ Der Ultrationalismus der Grauen Wölfe in Deutschland. Eine Handreichung für Pädagogik, Jugend- und Sozialarbeit, Familien und Politik**

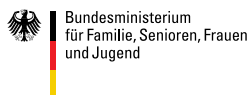
2013, 104 S., Sachinformation, Broschüre

Die Handreichung setzt sich mit dem Ultrationalismus der „Grauen Wölfe“ in Deutschland auseinander. Die Ideologie, Verbreitung, Strukturen, Konflikte im inneren der „Bewegung“ wie mit außerhalb stehenden Gruppen und Propagandainstrumente werden in der Handreichung vorgestellt und analysiert.

<http://www.vielfalt-mediathek.de/dx/public/ida/biblio.html?id=5409&title=der-ideale-turke-der-ultrationalismus-der-grauen-wolfe-in-deutschland-eine-handreichung-fur-paedagogik-jugend-und-sozialarbeit-familien-und-politik>



Die Vielfalt-Mediathek wird gefördert im Rahmen der Bundesprogramme „TOLERANZ FÖRDERN - KOMPETENZ STÄRKEN“ und „XENOS - Integration und Vielfalt“



Aus den Mitgliedsverbänden:**Preisverleihung zum Wettbewerb „Die gelbe Hand“**

Großer Erfolg für die IG-BCE-Jugend: Bei der Preisverleihung zum Wettbewerb „Die gelbe Hand“ am 12. März 2014 in der Thüringer Staatskanzlei in Erfurt wurden gleich drei Gruppen aus der Gewerkschaft für ihren Einsatz für Gleichbehandlung und gegen Rassismus ausgezeichnet: Für ihr Mosaik „Vielfalt statt braune Einfalt - gemeinsam anders!“ und die damit verbundenen Aktivitäten im vergangenen Jahr erhielten die Jugendlichen des Jugendausschusses des IG-BCE-Bezirks Hamburg/Harburg den mit 1000 € dotierten ersten Preis. Der 2. Preis (500 €) ging in diesem Jahr an zwei Berufsschulkollegs – das Hans-Schwier-Berufskolleg in Gelsenkirchen und Max-Born-Berufskolleg in Recklinghausen – für ihre Dokumentationen von Reisen nach Auschwitz.

Die Jugend- und Auszubildendenvertretung der Currenta GmbH & Co. OHG in Leverkusen erhielt den 3. Preis (300 €) für das Projekt „Sog des Rassismus“. Die IG BCE-Jugend Hessen/Thüringen wurde für den Film „Spiel (k)eine Rolle“ mit dem Sonderpreis Thüringen (500 €) ausgezeichnet. Die Schülerinnen und Schüler des Staatlichen Berufsschulzentrums Sondershausen erhielten für den Film „Szenenwechsel“ den Sonderpreis DGB-Jugend Thüringen (500 €). Der Sonderpreis DGB-Jugend NRW (500 €) ging an die DGB-Jugend Köln für die Aktion „DGB-Jugend am Kölner (CSD) Christopher Street Day 2013“.

Rund 40 Projekte hatten sich in diesem Jahr um den Preis des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“ beworben.

**Infos:**

„Mach meinen Kumpel nicht an!“ – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.

Hans-Böckler-Straße 39

40476 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 43 01-1 93 u. 2 90

info@gelbehand.de

www.gelbehand.de/beitrag_aWQ9OTMzMg_.html

www.facebook.de/gelbehand

Interkulturelles Jugendfestival: MUSIK GEGEN RASSISMUS

Der Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland NRW (BDAJ-NRW) veranstaltet am 23. Mai 2014 in der Eventhalle Rheinhausen in

Duisburg ein Jugendkonzert „MUSIK GEGEN RASSISMUS“ mit Grup ABDAL.

Infos:

Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e. V./BDAJ-NRW

Geschwister-Scholl-Str. 33-37

44135 Dortmund

www.de-de.facebook.com/bdaj.nrw



Schnupperseminare - Demokratie in meinem Verband

Mit den Schnupperseminaren „Demokratie in meinem Verband“ möchte die Deutsche Jugendfeuerwehr allen interessierten Feuerwehr/Jugendfeuerwehr-Angehörigen sowie Angehörigen des THW und der THW-Jugend die Möglichkeit bieten, Einblick in die Weiterbildung zu Demokratiepартner_innen zu erhalten.

Der Schwerpunkt des Seminars liegt auf den Themen Demokratie und Partizipation sowie Möglichkeiten demokratischen Handelns innerhalb der eigenen Organisation. Die Teilnahme ermöglicht, sich punktuell mit Themen auseinandersetzen, die auch Teil der Weiterbildung zu Demokratiepартner_innen sind. Diese Weiterbildung wird voraus-

sichtlich auch ab 2015 wieder angeboten. Das Seminar findet am 20. und 21. Juni 2014 im Pädagogisch-Kulturellen Centrum Freudental statt.

Infos:

Susanne Beyer
Deutsche Jugendfeuerwehr im Deutschen Feuerwehrverband e. V.

Projekt Demokratieberater

Reinhardtstraße 25

10117 Berlin

beyer@jugendfeuerwehr.de

www.jugendfeuerwehr.de

Beitritt von Amaro Drom e. V. zur djo-Deutsche Jugend in Europa

Die djo-Deutsche Jugend in Europa hat auf ihrem 59. Bundesjugendtag in Bad Herrenalb am 05. April 2014 den Roma- und Nicht-Roma Jugendverband Amaro Drom aufgenommen. Beide Verbände arbeiten bereits seit 2011 eng über ein Kooperationsabkommen zusammen.

„Die Mitgliedschaft von Amaro Drom e. V ist eine Bereicherung für beide Seiten“, hebt die djo-Bundesvorsitzende Hetav Tek hervor. „Die Schnittmengen sind groß, in der (inter-)kulturellen Jugendarbeit, im internationalen Jugendaustausch, in der Aus- und Fortbildung von Multiplikatoren und nicht zuletzt im Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus können beide Verbände eng zusammen arbeiten. Amaro Drom kann hier seine spezifische Expertise in unseren Verband mit einbringen.“

Mit der Aufnahme von Amaro Drom setzt die djo ihre im Jahr 2000 beschlossene interkulturelle Öffnung konsequent fort. Amaro Drom ist die fünfte bundesweite Migrantenjugendorganisation im Verband. Weitere Mitglieder sind der Verband der russischsprachigen Jugend in Deutschland - JunOst e. V., der Kurdische Kinder- und Jugendverband KOMCIWAN e. V., der Assyrische Jugendverband Mitteleuropa (AJM) e. V. und die Bundesgruppe Integration.

Emran Elmazi, Vorsitzender von Amaro Drom, ist sichtlich erfreut über die positive Zustimmung der Delegierten: „Für uns bedeutet dieser Schritt

eine riesen Bereicherung. Der Austausch und die Vernetzung mit anderen jugendpolitisch aktiven Gruppen sind wichtig. Außerdem können durch die Unterstützung der djo-Deutsche Jugend in Europa mehr Projekte entwickelt und umgesetzt werden.

Das ist eine große Chance für alle Sinti und Roma, auch im Hinblick auf den europäischen Austausch.“

Amaro Drom e. V. ist ein interkultureller Jugendverband von Roma und Nicht-Roma mit dem Ziel, jungen Menschen durch Empowerment, Mobilisierung, Selbstorganisation und Partizipation Raum zu schaffen, um aktive Bürger_innen zu werden. Gegründet wurde der Kinder- und Jugendverband 2006 und hat mittlerweile Strukturen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Schwerpunkte des Verbandes sind die soziokulturelle Arbeit, die Stärkung der Eigeninitiative, der Mobilisierung, der Vernetzung und des Selbstwertgefühls jugendlicher Roma sowie ihre politische und gesellschaftliche Beteiligung.



Infos:

djo - Deutsche Jugend in Europa
Bundesverband e. V.

Kuglerstr. 5

10439 Berlin

djo-bund@t-online.de

www.djo.de/cms/front_content.php?idcat=67&idart=269

www.amarodrom.de

www.amarodrom.de

Offener Brief an Sigmar Gabriel für die Abschaffung der Optionspflicht

In einem offenen Brief fordern der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an!“ gemeinsam mit Vertreter_innen von Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden, Menschenrechts- und Migrantenorganisationen den Parteivorsitzenden der SPD, Sigmar Gabriel, dazu auf, gegenüber den Unionsparteien an der vollständigen Abschaffung der Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsgesetz festzuhalten. Die Unterzeichnenden erinnern Gabriel daran, dass die Führung der SPD mit diesem Versprechen in den Bundestagswahlkampf 2013 gezogen sei und bei ihren Mitgliedern erfolgreich um die Zustimmung zum Koalitionsvertrag mit der Union geworben hatte.

Der von Bundesinnenminister Thomas de Maizière kürzlich vorgelegte Gesetzentwurf hält entgegen dieser Ankündigung grundsätzlich an der Optionspflicht fest und schreibt die Ungleichbehandlung junger deutscher Staatsbürger fort. Die Betroffenen sollen auch in Zukunft ein aufwendiges Verfahren durchlaufen müssen, das sie am Ende mit dem Verlust bzw. dem Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit bedroht.



Die Unterzeichnenden des offenen Briefes fordern den Parteivorsitzenden der SPD deshalb dazu auf, im Interesse der jährlich bis zu 40.000 Betroffenen keinen Schritt zurückzumachen und gegenüber der Union auf der vollständigen Abschaffung der Optionspflicht zu bestehen.

Der offene Brief wurde auch von dem Vorsitzenden des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an!“, Giovanni Pollice, unterschrieben.

Zum Hintergrund: Die Optionspflicht im Staatsangehörigkeitsrecht erkennt in Deutschland geborenen Kindern ausländischer Eltern unter bestimmten Voraussetzungen neben der Staatsangehörigkeit der Eltern auch die deutsche Staatsangehörigkeit zu. Mit Eintritt der Volljährigkeit müssen sie sich dann allerdings zwischen diesen Staatsangehörigkeiten entscheiden.

Infos:

„Mach meinen Kumpel nicht an!“ – für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e. V.

Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 43 01-1 93 u. 2 90

info@gelbehand.de

www.gelbehand.de/beitrag_cGkPSZhbXA7X19w-cmludD0xJmFtcDtpZD05Mzc0_.html

Dokumentation der Fachtagung jung.vielfältig.engagiert Vol 2 am 20. März 2014 in Berlin

Die projektübergreifende Fachtagung am 20. März 2014 im Berliner Jugendgästehaus bündelte die Erfahrungen aus den bundesweiten Kooperationsprojekten der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) zur interkulturellen Öffnung der Kinder- und Jugendarbeit, diskutierte sie in Workshops und erarbeitete praktische und politische Impulse. Die Ergebnisse wurden als Abschluss der Fachtagung auf einem Parlamentarischen Empfang präsentiert. Die Dokumentation der Fachtagung ist nun online verfügbar.

Infos:

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland e. V. (aej) - Simone Pleyer
Otto-Brenner-Straße 9

30159 Hannover

Tel: 05 11 / 12 15-121

Fax: 05 11 / 12 15-241

www.evangelische-jugend.de/themen/migration-integration/fachtagungen/fachtagmigration/dokumentation



aej

Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend
in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Bundesweite AWO-Aktion gegen Rassismus

21.03.2014: 75 000 lärmen gegen Rassismus! AWO setzt ein Zeichen am Internationalen Tag gegen Rassismus

Das Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt schreibt: „75 000 Mitglieder und Beschäftigte der AWO, des Jugendwerks der AWO sowie AWO-nahen Organisationen wie Zukunftsforum Familie, AWO International und SPI standen am 21. März 2014 um fünf vor zwölf mit Plakaten, Trillerpfeifen und Trommeln vor den Türen ihrer Einrichtungen und demonstrierten gegen Rassismus.“

Der Kern dieser bundesweiten Aktion war es, Rassismus zum Thema zu machen, die Öffentlichkeit wachzurütteln und darüber ins Gespräch zu kommen. Bei der Kampagne „AWO gegen Rassismus – AWO für Vielfalt“ war die gesamte Bandbreite der Arbeiterwohlfahrt vertreten: Angefangen von den Kindertagestätten über Beratungseinrichtungen bis hin zu Pflegeeinrichtungen haben viele Beschäftigte lautstark ihre Ablehnung gegen jede Form von Rassismus demonstriert.

Auch viele Kreis- und Bezirksverbände haben Veranstaltungen ausgerichtet und damit ein Zeichen gesetzt. 5 vor 12 versinnbildlicht dabei den dringenden Handlungsbedarf im Kampf gegen Rassismus.



Unter awogegenrassismus sind im Internet und in den Sozialen Netzwerken weitere Aktionen der AWO zum Thema „AWO gegen Rassismus!“ zu finden.“

Infos:

Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt
Markgrafenstr. 11
10969 Berlin
Tel: 0 30 / 2 59 27 28-50
Fax: 0 30 / 2 59 27 28-60
info@bundesjugendwerk.de
www.bundesjugendwerk.de

Bundesweite Aktionen, Informationen**Aufruf der Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge in NRW: Uneingeschränkte Rechte für junge Flüchtlinge!**

Flüchtlingskinder sollen unbeschwerte Ferienerlebnisse durch die Beteiligung an Ferienfreizeiten genießen!

Nach der UN-Kinderrechtskonvention soll beim Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen das Kindeswohl an erster Stelle stehen. Nach Artikel 31 der Konvention sind die Vertragsstaaten der UN wie Deutschland aufgefordert, das Recht des Kindes auf volle Beteiligung am kulturellen und künstlerischen Leben sowie auf Spiel, Erholung und Freizeitbeschäftigung zu fördern.

In den meisten Gemeinden in NRW leben Kinder und Jugendliche, die hierher geflüchtet sind. Sie kommen aus Afghanistan, Syrien und vielen anderen Krisenregionen. Über die Aufnahme und den Schutz sind sie froh, aber sie erleiden auch Diskriminierung und Benachteiligung, z. B. wenn ihre (Kinder-)Rechte beschnitten werden.

Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge NRW und die ihr angeschlossenen Landesorganisationen fordern gemeinsam mit den Wohlfahrtsverbänden sowie Flüchtlings- und Jugendorganisationen des Landes, diese Rechte einzulösen. Das Impulspapier „Uneingeschränkte Rechte für junge Flüchtlinge“ ist online verfügbar.

Auch Jugendliche in NRW fordern, dass Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung direkt nach ihrer Ankunft gleiche Rechte und Teilhabechancen

haben sollen und nicht erst nach Erhalt des Asylstatus. Diese Forderung formulierten sie auf dem Jugendkongress „jungdenken jetzt“ des Landesjugendrings NRW im Januar 2014 im Landtag.

Heute nun bittet die Aktionsgemeinschaft erneut alle Ausländerbehörden in NRW, sich auch in diesem Jahr offensiv für junge Flüchtlinge einzusetzen und ihre Teilnahme an Ferienfreizeiten auch in andere Bundesländer und ins Ausland zu ermöglichen. Ausländerbehörden können auf Antrag im Einzelfall eine für die Dauer der Reise befristete Aufenthaltserlaubnis erteilen, damit zum Ende der Auslandsfahrt die Wiedereinreise nach Deutschland möglich ist.

Viele Jugendverbände, Vereine und Initiativen setzen sich jedes Jahr wieder dafür ein, dass junge Flüchtlinge die Chance erhalten, auf Ferienfreizeiten mitzufahren. Dafür ist ihnen besonders zu danken. Die Aktionsgemeinschaft Junge Flüchtlinge dankt ebenfalls allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ausländerbehörden, die ihre Spielräume nutzen, um Flüchtlingskindern die Teilnahme an Ferienfreizeiten zu ermöglichen und das Engagement der Träger unterstützen.

Infos:

www.pjw-nrw.de/content/e315/e8700/

„ENAR-Schattenbericht Rassismus“ veröffentlicht

Im März 2014 wurde der „Schattenbericht Rassismus“ des European Network Against Racism (ENAR) für 2012/2013 veröffentlicht, der die Entwicklung von Diskriminierung in Europa dokumentiert.

Der deutsche Teil des „ENAR-Schattenbericht 2012/2013“ mit dem Titel „Rassistische Diskriminierung und Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland“ wird im Verlag von IBIS-Interkulturelle Arbeitsstelle e. V. in Oldenburg herausgegeben und kann gegen eine Schutzgebühr von sechs Euro bestellt werden, wahlweise in deutscher Übersetzung oder in der englischen Originalfassung (Mail: bestellung@ibis-ev.de).

Infos:

IBIS – Interkulturelle Arbeitsstelle für Forschung, Dokumentation, Bildung und für Beratung e. V.
Klävemannstrasse 16
26122 Oldenburg
Telefon: 04 41 / 88 40 16
Fax: 04 41 / 98 49 60 6

Email: info@ibis-ev.de
<http://www.ibis-ev.de>



Amadeu Antonio Stiftung: Broschüre zu Hetze gegen Flüchtlinge



Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, rassistische Aufmärsche und menschenverachtende Hetze in den Sozialen Netzwerken: Deutschlandweit ist eine erschreckende Entwicklung zu beobachten, bei der Flüchtlinge zum Ziel von Vorurteilen, Hetze und Gewalt werden. Der Hass auf Flüchtlinge ist ein konstantes Element der rechten Szene.

Die vorliegende Broschüre deckt die Akteure und Strategien der (nicht nur) geistigen Brandstifter auf und zeigt anhand konkreter Beispiele, wie die rechte Mobilisierung on- wie offline funktioniert. Zudem wird deutlich, welchen großen Stellenwert eine aktive Zivilgesellschaft hat. Zuletzt gibt es Tipps, was jede_r Einzelne gegen die rassistische Hetze machen kann: für eine angstfreie und demokratische Gesellschaft.

Infos:

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstr. 139
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/broschuere_brandstifter_internet.pdf

pro menschenrechte: Fakten und Argumente gegen Vorurteile

Anlässlich der gestiegenen Zahl von Asylsuchenden in Deutschland wird vielerorts über die Unterbringung von Flüchtlingen gestritten. Oft sind dabei rechte Hetzer_innen und jede Menge rassistische Ressentiments am Werk. Schon kommt es wieder zu Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte, in diesem Jahr waren es bereits 20. Daher ist Wachsamkeit der Zivilgesellschaft gefragt.

Tatsächlich wehren sich mehr und mehr Menschen gegen die Hetze und den aufkeimenden Rassismus und setzen sich für Flüchtlinge ein. Sie haben nicht nur die Menschlichkeit, sondern auch die Fakten auf ihrer Seite. PRO ASYL und die Amadeu Antonio Stiftung haben die wichtigsten Fakten und Argumente für

eine sachliche Diskussion zum Thema Flüchtlinge zusammengestellt. Die Broschüre enthält jede Menge nützliches Wissen für die Kontroverse rund um das Thema Asyl und Flüchtlinge.



Die Broschüre steht unter www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q_PUBLIKATIONEN/2014/Broschuere_Pro_MR_Contra_Rassismus_Web.pdf zum Download zur Verfügung.

Infos:

PRO ASYL e. V.
Postfach 160624
60069 Frankfurt/M.
proasyl@proasyl.de
www.proasyl.de

Amadeu Antonio Stiftung
Linienstraße 139
10115 Berlin
Tel: 03 / 02 40 88 61 0

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Demokratie vor Ort - lokale Spurensuche und Partizipationsförderung

Bürger gestalten die Demokratie mit, Vereine machen Geschichte sichtbar, Initiativen setzen sich mit Rechtsextremismus auseinander, Beratungsstellen bieten Hilfe an.

Die Seite www.demokratie-vor-ort.de zeigt, dass es viele Formen gibt, sich ehrenamtlich für die Demokratie zu engagieren. Ob ein Ausstellungsprojekt mit einer Schule, Mitarbeit in der örtlichen Gedenkstätte oder eine kreative Aktion gegen Rechtsextremismus. Demokratie ist nichts Statisches. Ihrer Geschichte und ihren Veränderungen nachzuspüren, lohnt sich, weil dadurch deutlich wird: Menschen haben Demokratie gestaltet und jeder Einzelne kann sie mit verändern.

Das Portal stellt Initiativen an vielen Orten Deutschlands vor und gibt Tipps und Hilfen für die tägliche Arbeit mit konkreten Anwendungsbeispielen. Welche Initiativen gibt es noch in meiner Nähe? Welche Projektidee aus einem anderen Ort macht auch für unsere Initiative Sinn?

Das Internetportal ist in Kooperation mit dem Verein „Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.“ entstanden. Auf einer Landkarte wird sichtbar, wer in Ihrer Nähe oder in einem ähnlichen Themen-



DEMOKRATIE VOR ORT - lokale Spurensuche und Partizipationsförderung

feld aktiv ist. Die Datenbank von Initiativen und Vereinen, die dieser Landkarte zugrunde liegt, soll auch als Anregung für Menschen dienen, die sich gerne engagieren möchten.

Infos:

Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V.
Stauffenbergstr. 13-14

10785 Berlin

info@gegen-vergessen.de

www.demokratie-vor-ort.de

Jugendliche mit Migrationshintergrund werden bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen diskriminiert

Eine Studie des SVR-Forschungsbereichs belegt, dass junge Menschen mit Migrationshintergrund bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen diskriminiert werden. Schüler mit einem türkischen Namen haben bei einer Bewerbung auf einen Ausbildungsplatz deutlich schlechtere Chancen, zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden als Schüler_innen mit einem deutschen Namen. Bei der Bewerbung um einen Ausbildungsplatz haben Jugendliche mit Migrationshintergrund auch bei gleicher Qualifikation schlechtere Chancen. Sie müssen deutlich mehr Bewerbungen schreiben, um zu einem Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, als Mitbewerber_innen ohne Migrationshintergrund.

Für die Studie wurden jeweils zwei Bewerbungen von gleich gut qualifizierten männlichen Bewerbern mit einem türkischen und einem deutschen Namen für die Ausbildungsberufe Kfz-Mechatroniker und Bürokaufmann bundesweit an rund 1.800 Unternehmen verschickt. Um eine Einla-

dung zu einem Vorstellungsgespräch zu erhalten, muss ein Kandidat mit einem deutschen Namen durchschnittlich fünf Bewerbungen schreiben, ein Bewerber mit einem türkischen Namen hingegen sieben. Um Diskriminierung zu vermeiden und Chancengleichheit auf dem Ausbildungsmarkt herzustellen hat der SVR-Forschungsbereich eine Reihe von Handlungsempfehlungen entwickelt. Dabei wurden zentrale Erkenntnisse der Berufsbildungs- und Diskriminierungsforschung einbezogen ebenso wie bewährte Ansätze aus der Praxis.

Infos:

Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH

Neue Promenade 6

10178 Berlin

info@svr-migration.de

www.svr-migration.de/content/wp-content/uploads/2014/03/SVR-FB_Diskriminierung-am-Ausbildungsmarkt.pdf

Zwei Veröffentlichungen zur „Alternative für Deutschland“ (AfD)

„Keimzelle der Nation?“

Unter dem Titel „Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD – eine Expertise“ hat der Soziologe Andreas Kemper eine Studie über die familienpolitische Positionierung der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) verfasst. Er untersucht Beschlüsse und Wahlprogrammatik der Partei und geht auf personelle Überschneidungen zwischen radikalen Abtreibungsgegner_innen und der AfD ein. Im Fazit formuliert Kemper: Es „scheinen sich heteronormative Positionen zugunsten klassischer Familienkonstellationen (Vater, Mutter, Kinder) durchgesetzt zu haben. (...) Die sehr deutlichen Antworten der Mitgliederbefragung zu geschlechterpolitischen Themen gegen Gender-Mainstreaming und Gleichstellungspolitik machen deutlich, dass auch die Parteibasis antifeministisch und hetero-



normativ eingestellt ist. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die AfD zusätzlich zur Euro-Kritik und der Positionierung als ‚Anti-Parteien-Partei‘ einen dezidiert antifeministischen dritten Schwerpunkt ausbaut: Die radikale Kritik an jeder Form von Gleichstellungspolitik, von der AfD als ‚Genderismus‘ diffamiert, könnte zum dritten Markenzeichen der Partei avancieren.“

Die Broschüre ist als Download im Internet verfügbar:

www.library.fes.de/pdf-files/dialog/10641.pdf

„Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der AfD“

Dieter Plehwe und Matthias Schlögl haben für das Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin ein Diskussionspapier unter dem Titel „Europäische und zivilgesellschaftliche Hintergründe der euro(pa)skeptischen Partei Alternative für Deutschland (AfD)“ verfasst. Es analysiert die Erfolge der AfD aus zwei Blickwinkeln. Zum einen untersucht es, welche Rolle der Erfolg rechtspopulistischer Parteien in anderen EU-Ländern für die AfD spielt. Außerdem beschreibt es ihre Verankerung in zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie in marktradikalen und rechtsliberalen Think Tanks. Noch zu selten wird in Deutschland die Stellung der AfD



im Kontext anderer europakritischer Parteien analysiert, der sich in den 2000er Jahren formierenden „neuen Rechten in Europa“. Plehwe verweist hier auf die Verbindungen zwischen der Alternative für Deutschland und der 2009 unter anderem von den britischen Tories gegründeten europäischen Partei „Allianz der Europäischen Konservativen und Reformisten“ (AECR). Plehwe schreibt: „Die Diskussion über die AfD wird aber in Deutschland erst dann ernsthaft geführt, wenn auch ihre europäischen Dimensionen erörtert und politisch bewertet werden. Das europäische Parlament wird in Zukunft sicher sehr viel stärker in eine Auseinandersetzung um konkurrierende Integrationsperspektiven verwickelt werden.“

Das Papier ist im Internet als Download erhältlich: www.bibliothek.wzb.eu/pdf/2014/iii14-501.pdf

Interkulturelle Kompetenz im Engagement

Der aktuelle e-newsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 7/2014 der Stiftung Mitarbeit (<http://www.buergergesellschaft.de/107558/>) hat den Schwerpunkt Interkulturelle Kompetenz im Engagement. Er enthält auch einen Artikel von IDA-Geschäftsführer Ansgar Drücker zur Interkulturellen Öffnung der Jugendverbandsarbeit:

www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_druecker_140411.pdf.

Infos:

Stiftung Mitarbeit
Wegweiser Bürgergesellschaft
Ellerstraße 67
53119 Bonn
Telefon (02 28) 6 04 24 -0
Telefax (02 28) 6 04 24 -22
info@mitarbeit.de
www.mitarbeit.de

Dokumentation der Tagung „Migrantenorganisationen im Spiegel der Generationen“ erschienen

Migrantenorganisationen leisten einen wichtigen Beitrag zur Förderung des Generationendialogs und zur gesellschaftlichen Partizipation von Migrant_innen unterschiedlicher Generationenlagen. Während der Fachtagung „Migrantenorganisationen im Spiegel der Generationen“ des BBE, die am 9. und 10. November 2013 in Dortmund stattfand, wurden Handlungsbedarfe analysiert und konkrete Ansätze für die Anregung und Gestaltung gelungener Verständigungs- und Kooperationsprozesse zwischen den Generationen erarbeitet. Ansgar Drücker (IDA e. V.) war an Workshops zum Thema Generationenwechsel in Migrantenorganisationen und Jugend(verbands)arbeit beteiligt. Die nun vorliegende Dokumentation stellt Inhalte und Ergebnisse der Fachtagung vor und steht ab sofort unter www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/PDF/publikationen/mo_doku_2014_web.pdf zum Download bereit.

Kontakt:

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)
Michaelkirchstraße 17-18
10179 Berlin
www.b-b-e.de
info@b-b-e.de



Dossier „Rechtsextremismus in Bayern“ des Bayerischen Rundfunks

Das Thema Rechtsextremismus ist mit den Taten des NSU wieder in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Menschen mit rechtsextremer Gesinnung sind fest in der Gesellschaft verankert. Mit dem Dossier „Rechtsextremismus in Bayern“ will der BR aufmerksam machen, aufklären, informieren. Das Dossier enthält verschiedene Rubriken, etwa zu den Themen „Drahtzieher“, „Internet“, „Sym-

bole“, „Rolle der Frauen“ sowie zu Opfern extrem rechter Gewalt und Aufstehen gegen den Rechtsextremismus.

www.br.de/nachrichten/rechtsextremismus/rechtsextremismus-extremismus-bayern-100.html

Literatur und Materialien zum Thema ...**... Rechtsextremismus**

Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Viraler Hass. Rechtsextreme Kommunikationsstrategien im Web 2.0, Berlin 2013

Backes, Uwe/Gallus, Alexander/Jesse, Eckhard (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D), 25. Jg. 2013, Baden-Baden: Nomos, 2013

Chaussy, Ulrich: Oktoberfest. Das Attentat. Wie die Verdrängung des Rechtsterrors begann, Berlin: Christoph Links, 2014

Clemens, Dominik/Puls, Hendrik (Hg.): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung (Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln), Köln 2014

Eisenberg, Johannes/Voigt, Lea/Vogel, Manuel (Hg.): Antifaschismus als Feindbild. Der Prozess gegen den Pfarrer Lothar König, Hamburg: Laika, 2013

Glaser, Stefan/Pfeiffer, Thomas (Hg.): Erlebnisswelt Rechtsextremismus. Menschenverachtung mit Unterhaltungswert. Hintergründe - Methoden - Praxis der Prävention (inkl. CD-ROM), Schwalbach i. Ts: Wochenschau, 3. überarbeitete u. ergänzte Aufl., 2013

Hartleb, Florian: Internationaler Populismus als Konzept. Zwischen Kommunikationsstil und fester Ideologie (International Studies on Populism, Bd. 1), Baden-Baden: Nomos, 2014

Hasse, Julia/Rosenthal, Gregor (Hg.): Wider die Gleichgültigkeit! Aktiv gegen Rechtsextremismus: Perspektiven, Projekte, Tipps (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), Bd. 1396), Berlin 2013

Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e. V. (Hg.): Thema Jugend. Zeitschrift für Jugendschutz und Erziehung. Themenheft „Extrem Mittendrin“, Nr. 4/2013, Münster 2013

Kelimes, Doreen: Recht. Rechter. Rechtsextremismus. Tritt der russische Rechtsextremismus aus seinem subkulturellen Schatten heraus? Stuttgart: ibidem, 2012

Kuban, Thomas: Blut muss fließen: Undercover unter Nazis, Frankfurt a. M./New York: Campus, 2012

Langebach, Martin/Raabe, Jan: RechtsRock - Made in Thüringen (herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen), 3. überarbeitete u. erweiterte Aufl., Erfurt 2013

OSZ für Demokratie und Vielfalt/OSZ gegen rechts in Kooperation mit Violence Prevention Network e. V. (Hg.): Schulhof-CD „Die Zukunft im Blick“ der Jungen Nationaldemokraten (2013). Pädagogische Annäherung und Argumente für die politische Bildungsarbeit in Schule, beruflicher Bildung und Jugendeinrichtungen (Bausteine der Prävention von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der beruflichen Bildung Nr. 5. Eine Handreichung für Demokratie und Vielfalt), Berlin 2013

Psarras, Dimitris: Neofaschisten in Griechenland. Die Partei Chrysi Avgi (Edition PROVO, Bd. 10), Hamburg: Laika 2014

Schellenberg, Britta: Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen (Virchow, Fabian/Häusler, Alexander (Hg.): Edition Rechtsextremismus), Wiesbaden: Springer VS, 2. Aufl., 2013

Schieren, Stefan (federführender Hg.): Populismus, Extremismus, Terrorismus (politische bildung. Beiträge zur wissenschaftlichen Grundlegung und zur Unterrichtspraxis, 46. Jg., 4/2013), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 2013

Volkshilfe Flüchtlings- & MigrantInnenbetreuung Oberösterreich (Hg.): Grauer Wolf im Schafspelz. Rechtsextremismus in der Einwanderungsgesellschaft (edition sandkorn), Grünbach: Buchverlag Franz Steinmaßl, 2012

... Rassismus, Antisemitismus, Antirassismus

Ansari, Humayun/Hafez, Farid (Hg.): From the Far Right to the Mainstream. Islamophobia in Party Politics and the Media, Frankfurt/New York: Campus, 2012

Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) (Hg.): Antidiskriminierungsberatung in der Praxis. Die Standards für eine qualifizierte Antidiskriminierungsberatung ausbuchstabiert, Berlin 2013

Blumenberg, Yigal/Hegener, Wolfgang (Hg.): Die „unheimliche“ Beschneidung. Aufklärung und die Wiederkehr des Verdrängten, Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel, 2013

Brühl, Christian/Meier, Marcus (Hg.): Antisemitismus als Problem in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit. Pädagogische und didaktische Handreichungen für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen (Beiträge und Materialien 2 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln), 3. Aufl., Köln 2014

Brumlik, Micha: Innerlich beschnittene Juden. Zu Eduard Fuchs' „Die Juden in der Karikatur“ (konkret texte 58), Hamburg: Konkret, 2012

Bunzl, John/Hafez, Farid (Hg.): Islamophobie in Österreich, Innsbruck/Wien/Bozen: Studien, 2009

Detzner, Milena/Drücker, Ansgar im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) (Hg.): Antisemitismus - ein gefährliches Erbe mit vielen Gesichtern. Handreichung zu Theorie und Praxis (Reader für Multiplikator_innen in der Jugend- und Bildungsarbeit), Düsseldorf 2013

Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) (Hg.): Tangram - Bulletin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Themenheft „Extremismus“, Nr. 32, Dezember 2013, Bern 2013

Hall, Stuart: Populismus, Hegemonie, Globalisierung (Diaz, Victor Rego/Koivisto, Juha/Lauggas, Ingo (Hg.): Ausgewählte Schriften, Bd. 5), Hamburg: Argument, 2014

Hentges, Gudrun/Nottbohm, Gudrun/Jansen, Mechthild M./Adamou, Jamila (Hg.): Sprache - Macht - Rassismus, Berlin: Metropol, 2014

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) (Hg.): Was heißt eigentlich ... Antiziganismus? (Flyer), Düsseldorf 2013

Lagodinsky, Sergey: Kontexte des Antisemitismus. Rechtliche und gesellschaftliche Aspekte der Meinungsfreiheit und ihrer Schranken, Berlin: Metropol, 2013

Markom, Christa: Rassismus aus der Mitte. Die soziale Konstruktion der „Anderen“ in Österreich (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2014

Melzer, Ralf/Hasse, Julia für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin/Bündnis für Demokratie und Toleranz (Hg.): Engagiert gegen Antisemitismus. Strategien und Herausforderungen. Dokumentation der Fachtagung am 30./31. August 2013 (Impulse gegen Rechtsextremismus 4/2013), Berlin 2013

Quicker, Esther/Killguss, Hans-Peter (Hg.): Sinti und Roma zwischen Ausgrenzung und Selbstbehauptung. Stimmen und Hintergründe zur aktuellen Debatte (Beiträge und Materialien 07 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus (ibs) im NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln. Artikel, Erfahrungen, Interviews, Fotos), Köln 2013

Ullrich, Peter: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs, Göttingen: Wallstein, 2013

Yılmaz-Günay, Koray/Klinger, Freya-Maria: Realität Einwanderung. Kommunale Möglichkeiten der Teilhabe, gegen Diskriminierung (Crashkurs Kommune 9), Hamburg: VSA, 2014

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (Hg.): Verbot rassistisch diskriminierender Wahlkämpfe. Eine Bestandsaufnahme zur Auseinandersetzung über die NPD-Wahlplakate gegen Sinti und Roma 2013. Dokumentation zur Vorlage beim Bundesjustizministerium (Schriftenreihe, Bd. 8), Heidelberg 2013

... NS-Vergangenheit

Klee, Ernst: Auschwitz. Täter, Gehilfen, Opfer und was aus ihnen wurde. Ein Personenlexikon (Die Zeit des Nationalsozialismus. Eine Buchreihe), Frankfurt a. M.: Fischer Taschenbuch, 2013

Schlieper, Katharina (Hg.): Das deutsche Volk klagt an. Hitlers Krieg gegen die Friedenskämpfer in Deutschland. Ein Tatsachenbericht. Erweiterter Reprint der Originalausgabe von 1936 aus dem Pariser Exil, Hamburg: Laika, 2012

... Zuwanderung und Migration

Ataç, Ilker/Fanizadeh, Michael/Kraler, Albert u. a. (Hg.): Migration und Entwicklung. Neue Perspektiven (Historische Sozialkunde/Internationale Entwicklung 32), Wien: Promedia, 2014

Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) (Hg.): Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. Themenheft „Grenzenloses Europa. Europas Grenzen. Migration, Flucht, Asyl“, 63. Jg., 47/2013, Bonn 2013

Förderverein ProAsyl/Amadeu Antonio Stiftung (Hg.): Refugees Welcome. Gemeinsam Willkommenskultur gestalten, Berlin 2013

Forschungsgruppe „Staatsprojekt Europa“ (Hg.): Kämpfe um Migrationspolitik. Theorie, Methode und Analysen kritischer Europaforschung (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2014

Gieler, Wolfgang (Hg.): Handbuch Europäischer Migrationspolitiken. Die EU-Länder (Politik. Forschung und Wissenschaft, Bd. 12), Berlin: LIT, 2. aktualisierte u. erweiterte Aufl., 2013

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (ISS) (Hg.): Migration und Soziale Arbeit. Themenschwerpunkt: „Neuzuwanderung“, 36. Jg., Heft 1/2014, Weinheim: Beltz Juventa, 2014

Moosmüller, Alois/Möller-Kiero, Jana (Hg.): Interkulturalität und kulturelle Diversität (Münchener Beiträge zur Interkulturellen Kommunikation, Bd. 26), Münster/New York: Waxmann, 2014

Neck, Reinhard/Schmidinger, Heinrich (Hg.): Migration (Wissenschaft - Bildung - Politik, Bd. 15), Wien/Köln/Weimar: Böhlau, 2013

Tölle, Hartmut/Schreiner, Patrick (Hg.): Migration und Arbeit in Europa, Köln: PapyRossa, 2014

Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück (Hg.): IMIS-Beiträge. Special Issue "Immigration and Federalism in Europe. Federal, State and Local Regulatory Competencies in Austria, Belgium, Germany, Italy, Russia, Spain and Switzerland" herausgegeben von Dietrich Thränhardt, Heft 43/2013, August 2013, Osnabrück 2013

Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück (Hg.): IMIS-Beiträge. Themenheft „Migration und Umwelt“ herausgegeben von Carsten Felgentreff und Martin Geiger, Heft 44/2013, Dezember 2013, Osnabrück 2013

... Migrationsgesellschaft und Migrationspädagogik

Beetz, Michael/Corsten, Michael/Rosa, Hartmut u. a.: Was bewegt Deutschland? Sozialmoralische Landkarten engagierter und distanzierter Bürger in Ost- und Westdeutschland, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, 2014

Bens, Jonas/Kleinfeld, Susanne/Noack, Karoline (Hg.): Fußball. Macht. Politik. Interdisziplinäre Perspektiven auf Fußball und Gesellschaft (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2014

Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V. (Hg.): soziokultur. Prinzipien - Praxis - Perspektiven. Informationsdienst der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e. V. Themenschwerpunkt „K hoch X. Interkulturelle Öffnung von soziokulturellen Zentren“, 23. Jg., Nr. 94, 4/2013, Berlin 2013

Drücker, Ansgar im Auftrag des Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) (Hg.): Die Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit. Bestandsaufnahme und Erfahrungen aus Projekten (Reader für Multiplikator_innen in der Jugend- und Bildungsarbeit), Düsseldorf 2013

Foitzik, Andreas: Interkulturelle Kompetenz (Aktion Jugendschutz, Landesarbeitsstelle Baden-Württemberg (ajs) (Hg.): ajs-kompaktwissen 4/2013), Stuttgart 2013

Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Deutscher Koordinierungsrat e. V. (Hg.): Freiheit - Vielfalt - Europa. Themenheft 2014, Bad Nauheim 2013

Halm, Dirk/Meyer, Hendrik (Hg.): Islam und die deutsche Gesellschaft (Islam und Politik), Wiesbaden: Springer VS, 2013

Hanitzsch, Konstanze: Deutsche Scham. Gender. Medien. „Täterkinder“. Eine Analyse der Auseinandersetzungen von Niklas Frank, Beate Niemann und Malte Ludin, Berlin: Metropol, 2013

Hauenschild, Katrin/Robak, Steffi/Sievers, Isabel (Hg.): Diversity Education. Zugänge - Perspektiven - Beispiele (Bildung in der Weltgesellschaft 6/Wissen & praxis 171), Frankfurt a. M.: Brandes & Apsel, 2013

Hoffmeier, Andrea/Smith, Dolores (Hg.): Interkulturelle Kompetenz und Kulturelle Erwachsenenbildung.

Erfahrungsfelder, Möglichkeitsräume, Entwicklungsperspektiven (EB-Buch 33), Bielefeld: W. Bertelsmann, 2013

Horz, Christine: Medien - Migration - Partizipation. Eine Studie am Beispiel iranischer Fernsehproduktion im Offenen Kanal (Critical Media Studies, Bd. 10), Bielefeld: transcript, 2014

Huneke, Dorte (Hg.): Ziemlich deutsch. Betrachtungen aus dem Einwanderungsland Deutschland (Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 1386), Bonn 2013

Kaddor, Lamy/Rubinstein, Michael: So fremd und doch so nah. Juden und Muslime in Deutschland, Ostfildern: Patmos, 2013

Kiepenheuer-Drechsler, Barbara: Vielfalt plus Zusammenhalt. Eine ethnologische Perspektive auf die Praxis Berliner Integrationspolitik (Kultur und soziale Praxis), Bielefeld: transcript, 2013

Landesjugendring Hamburg e. V. (Hg.): punktum. Zeitschrift für verbandliche Jugendarbeit in Hamburg. Themenheft „Ran an's Projekt: Interkulturelle Öffnung der Jugendverbandsarbeit“, 4/2013, Hamburg 2013

Meier-Braun, Karl-Heinz/Weber, Reinhold (Hg.): Deutschland Einwanderungsland. Begriffe - Fakten - Kontroversen, Stuttgart: Kohlhammer, 2013

Oechler, Melanie/Schmidt, Holger (Hg.): Empirie der Kinder- und Jugendverbandsarbeit. Forschungsergebnisse und ihre Relevanz für die Entwicklung von Theorie, Praxis und Forschungsmethodik, Wiesbaden: Springer VS, 2014

Trauschein, Therese: Die soziale Situation jugendlicher „Sinti und Roma“ (Bildung und Gesellschaft), Wiesbaden: Springer VS, 2014

Vorgänge e. V. in Zusammenarbeit mit der Humanistischen Union, vereinigt mit der Gustav Heinemann-Initiative (Hg.): Vorgänge 203. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik. Themenheft „Religiöse Sonderrechte auf dem Prüfstand“, 52. Jg., H.3, Berlin 2013

Wansing, Gudrun/Westphal, Manuela (Hg.): Behinderung und Migration. Inklusion, Diversität, Intersektionalität, Wiesbaden: Springer VS, 2014

... Jugendarbeit und politische Bildung

Bannach, Stefan: JugendBewegt: Zum Selbstverständnis Bündischer Pfadfinder und ihrer Abgrenzung zum rechten Rand, Norderstedt: Books on Demand, 2011

Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang: Soziale Arbeit - eine problemorientierte Einführung, Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt, 2013

Institut für Beratung und Projektentwicklung (IBPro) (Hg.): Vereinspraxis. Ein Ratgeber zum Vereinsrecht, zum Arbeitsrecht und zu kaufmännischen Fragen (Materialien der AG SPAK - M 272), 5. aktualisierte und erweiterte Aufl., Neu-Ulm 2013

Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung (Reihe Politik und Bildung, Bd. 69), Schwalbach i. Ts.: Wochenschau, 4. völlig überarbeitete Aufl., 2014

Scholle, Thilo/Schwarz, Jan/Ciftci, Ridvan (Hg.): Zwischen Reformismus und Radikalismus. Jungsozialistische Programmatik in Dokumenten und Beschlüssen, Bonn: J. H. W. Dietz Nachf., 2014

Seminare und Tagungen**Ausstellung: Das neue Deutschland. Von Migration und Vielfalt**

Termin: 8. März 2014 bis 12. Oktober 2014

Ort: Dresden

Infos:

Deutsches Hygiene-Museum

Lingnerplatz 1

01069 Dresden

Tel: 03 51 / 48 46 40 0

Fax: 03 51 / 48 46 40 2

service@dhmd.dewww.dhmd.de**Vortragsabende mit dem Journalisten Andreas Speit über die extreme Rechte in Europa**

Termin: 28. März 2014 bis 23. Mai 2014

Ort: Verschiedene Orte in Sachsen-Anhalt

Infos:

Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt

Schleiufer 12

39104 Magdeburg

Tel: 03 91 / 56 76 46 7

Fax: 03 91 / 56 76 46 4

netzwerk@lpb.mk.sachsen-anhalt.dewww.lpb.sachsen-anhalt.de**Ausstellung des Landesbüro Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung: Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen**

Termin: 5. Mai 2014 bis 16. Mai 2014

Ort: Northeim

Infos und Anmeldung:

Berufsbildende Schulen II Northeim

Sudheimer Str. 24

37151 Northeim

Tel: 0 55 5 1 / 91 41 50

buero@bbs2-norheim.de**Konferenz: Neue Zuwanderungen aus Südosteuropa. Angebote verzahnen und Anerkennungskultur fördern**

Termin: 8 Mai 2014

Ort: Mercure Duisburg City, Duisburg

Infos:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Tel.: 02 28 / 88 38 30 7

Fax 02 28 / 88 39 20 2

migint@fes.dewww.fes.de/wiso**Konzept- und Buchvorstellung „Kita ohne Rassismus“**

Termin: 22. Mai 2014

Ort: Halle (Saale)

Anmeldung und Infos:

Friedenskreis Halle e. V.

Große Klausstr. 11

06108 Halle (Saale)

Tel: 03 45 / 27 98 07 31

Fax: 03 45 / 27 98 07 11

friedensbildung@friedenskreis-halle.dewww.friedenskreis-halle.de**Vortrag: Migration und Sprache**

Termin: 22. Mai 2014

Ort: Köln

Infos:

DOMiD

Dokumentationszentrum und Museum für die Migration in Deutschland

Venloer Straße 419

50825 Köln

www.koelner-wissenschaftsrunde.de/koelner-wissenschaftswoche/migration-und-sprache/

Workshops: Wenn Bilder meine Sprache wären - Mediale Darstellung muslimischen Lebens im Diskurs

Termin: 24. Mai 2014 bis 27. September 2014
Ort: Berlin, Hamburg, Hannover, Kiel, Stuttgart, Frankfurt a. M.

Infos:
Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)
Deniz Kauffmann
Obentrautstr. 72
10963 Berlin
Tel: 0 30 / 23 63 51 73
Fax: 0 30 / 23 63 55 89
deniz.kauffmann@tgd.de
www.tgd.de/projekte/wenn-bilder-meine-sprache-waren/

Tagung: Rechtsextremismusprävention und Geschlecht - Vielfalt_Macht_Pädagogik

Termin: 26. Mai 2014
Ort: Berlin

Infos:
Dissens - Institut für Bildung und Forschung e. V.
Allee der Kosmonauten 67
12681 Berlin
Tel.: 0 30 / 54 98 75 51
info@vielfaltmachtschule.de
www.dissens.de
www.vielfaltmachtschule.de

Tagung: Religion im Rechtsextremismus. Die Neue Rechte und das Verhältnis zur Transzendenz

Termin: 2./3. Juni 2014
Ort: Evangelische Bildungsstätte auf Schwanenerder

Infos:
Evangelische Akademie zu Berlin gGmbH
Charlottenstr. 53/54
10117 Berlin
Tel: 0 30 / 20 35 55 00
Fax: 0 30 / 20 35 55 50
eazb@eaberlin.de
www.eaberlin.de

**Fortbildungen:
Handlungsstrategien gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus
Stärkung von Betroffenen im Umgang mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus: Handlungsstrategien für den pädagogischen Raum**

Termin: 05. Juni 2014 und 04. Juli 2014
Ort: Frankfurt a. M.

Infos und Anmeldung:
Bildungsstätte Anne Frank
Tami Rickert
Hansaallee 150
60320 Frankfurt
Tel: 0 69 / 56 00 02 0
trickert@bs-anne-frank.de
www.bs-anne-frank.de

Gedenkkonzert zum zehnten Jahrestag des Neonazi-Nagelbombenanschlags auf der Kölner Keupstraße

Termin: 9. Juni 2014
Ort: Köln

Infos:
Arsch Huh e. V.
Heliosstr. 6A
50825 Köln
info@arschhuh.de
www.arschhuh.de

Tagung: Naturschutz - ein aktuelles Themen- und Aktionsfeld der rechtsradikalen Szene: Gegenwärtige Entwicklungen, Probleme, Abgrenzungen und Steuerungsmöglichkeiten II

Termin: 16. Juni 2014 bis 19. Juni 2014
Ort: Insel Vilm

Infos:
Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm
18581 Putbus
Martina Finger
Tel: 03 83 / 01 86 11 2
Fax: 03 83 / 01 86 11 7
Martina.Finger@bfn-vilm.de
www.bfn.de

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismuserbeit e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion: Dr. Barbara Manthe

V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952